

PRESSEMITTEILUNG

Kampagne **Impulse für den Wohnungsbau**
c/o Weber Shandwick

Schönhauser Allee 37, Geb. P
10435 Berlin

Telefon: 030-20351-0
Fax: 030-20351-29

info@impulse-fuer-den-wohnungsbau.de
www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

Neue Bundesregierung muss den Wohnungsbau als Konjunkturmotor nutzen

Verbände der Bau- und Immobilienwirtschaft stellen ein 10-Punkte-Programm zur Förderung des Wohnungsbaus vor

Berlin, 6. Oktober 2009 – Die Verbände der Bau- und Immobilienwirtschaft fordern CDU, CSU und FDP auf, mit den Koalitionsverhandlungen eine Wende in der Wohnungsbaupolitik einzuleiten. Denn der Mangel an energieeffizientem und zukunftssicherem Wohnraum betrifft Familien und Senioren nicht nur in Ballungszentren und Städten, sondern inzwischen in vielen Regionen Deutschlands. Das gemeinsame Positionspapier der Bau- und Immobilienverbände nennt als wichtigste Punkte die Verdoppelung des Abschreibungssatzes im Mietwohnungsbau sowie die gleichberechtigte Förderung von Modernisierung und Neubau sowie Bestandsersatz durch die KfW. Der Konjunkturmotor Wohnungsbau kann auf diese Weise angekurbelt werden und die Gesundung weiterer Wirtschaftszweige unterstützen

Der Handlungsbedarf im Wohnungsbau ist unübersehbar. Experten schätzen, dass sich die derzeitige Wohnungsbautätigkeit mehr als verdoppeln muss. Um den Wohnungsbau zu beleben, schlagen die Verbände der Bau- und Immobilienwirtschaft mehrere Maßnahmen vor. Von kurzfristiger Bedeutung sind dabei die Verdoppelung des jetzigen Abschreibungssatzes im Mietwohnungsbau bzw. die Festlegung einer degressiven Abschreibung und eine Gleichstellung der Förderung von Modernisierung und Neubau/Bestandsersatz in den KfW-Programmen. Weitere Schwerpunkte des gemeinsamen Positionspapiers sind die Absetzbarkeit von Planungs- und Handwerkerleistungen beim Bau von selbstgenutztem Wohneigentum sowie eine Zurückstellung der Energieeinsparverordnung EnEV 2012 bis zur Evaluierung der EnEV 2009.

Die neue Bundesregierung kann mit einer günstigen Gestaltung der politischen Rahmenbedingung für den Wohnungsbau die Binnenwirtschaft stärken, denn die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen aktiviert privates Kapital. Berechnungen zeigen, dass jede Investition unmittelbar der öffentlichen Hand zugutekommt. 2009 werden erstmals in der Nachkriegsgeschichte weniger als 150.000 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Mehrfamilienhäusern neu gebaut. Wird die Wohnungsbautätigkeit nur um 50.000 Wohnungen gesteigert, werden über 150.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Eine Anschubfinanzierung im Wohnungsbau wäre für die öffentlichen Haushalte weit mehr als aufkommensneutral. Die durchschnittlichen Gesamtkosten für den Grundstückserwerb und die Errichtung eines Einfamilienhauses lagen 2008 bei € 226.848 und für eine Geschosswohnung bei € 131.484. Die dabei anfallenden Steuer- und Abgabenzahlungen addieren sich auf fast 47 % der Gesamtkosten. In dieser Aufstellung sind verschiedene weitere Steuern, wie beispielsweise Mineralölsteuern, Kfz-Steuern und Mautgebühren, die beim Transport von Baumaterial anfallen, noch nicht enthalten. Insgesamt fließen bei einer



DGfM

Deutsche Gesellschaft
für Mauerwerksbau e.V.

PRESSEMITTEILUNG

Kampagne **Impulse für den Wohnungsbau**
c/o Weber Shandwick

Schönhauser Allee 37, Geb. P
10435 Berlin

Telefon: 030-20351-0
Fax: 030-20351-29

info@impulse-fuer-den-wohnungsbau.de
www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

Investition in eine neue Wohnimmobilie rund die Hälfte der Investitionssumme als Steuern und Sozialabgaben dem Staat wieder zu.

Dr. Ronald Rast, Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerksbau e.V. (DGfM) und Koordinator der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“, fordert die Verantwortlichen zum entschlossenen Handeln auf: „Unsere Vorschläge sind so weit ausgereift, dass sie bereits zum 1. Januar 2010 greifen könnten. Wenn die Umsetzung zügig erfolgt, wird das erste Regierungsjahr unter Schwarz-Gelb kein verlorenes Jahr für den Wohnungsbau und die Binnenkonjunktur sein“, so Dr. Rast weiter.

Michael Hölker, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Baustoff-Fachhandel e.V. (BDB), greift Spekulationen über einen Neuzuschnitt der Ministerien auf und warnt vor einer Zersplitterung der Verantwortlichkeiten: „Der Wohnungsbau ist zu wichtig, als dass die Zuständigkeiten unter verschiedenen Ressorts aufgeteilt werden könnten. Vielmehr sollte die Verantwortung für alle den Wohnungsbau betreffenden Fragen, zum Beispiel aus den Bereichen Umwelt oder Senioren, in einem Ressort gebündelt werden“, rundet Hölker die Position der Verbände ab.

Das Positionspapier der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ und weitere Informationen zum Wohnungsbedarf und den zentralen Herausforderungen des Wohnungsbaus finden Sie unter www.dgfm.de sowie unter www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

Pressekontakt:

Christof Fiscoeder
Weber Shandwick
Tel: 030-20351-10
Fax: 030-20351-29
E-Mail: cfiscoeder@webershandwick.com